

**Statusbericht  
Bürgerhaushalt 2010  
Stand 30.04.2011**

**Finanzausschuss**



# **Thema: Bildung/Schule**

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
1	1058-10	Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren!

### Vorschlagstext

Bildung findet nicht nur im Elternhaus, Kindergärten und Schulen statt - sondern auch in Jugendeinrichtungen! Die aktuellen Kürzungsvorschläge durch die Kämmerei werden dazu führen, dass viele Jugendeinrichtungen ihre Pforten schließen müssen. Wenn Köln sich weiterhin als Soziale Stadt versteht, darf das nicht geschehen. Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich ohne Leistungsdruck ausprobieren können, ihre Stärken und Neigungen entwickeln können und vor allem auch sinnvolle Freizeit verbringen können. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist die notwendigste Investition in die Zukunft!

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Trotz der seit Jahren angespannten Haushaltslage ist es im Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, erhebliche Mittel für die Jugendarbeit zuzusetzen. Im Vergleich zu 2007 wurde der Haushalt für Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte 2009 um 1.336.000 EUR erhöht. Diese Entwicklung macht deutlich, welche Bedeutung der Rat der Stadt Köln der Arbeit in Jugendzentren beimisst. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln und notwendigen Einsparungen ist jedoch nicht absehbar, ob die städtischen Mittel weiter in dieser Höhe zur Verfügung stehen.

-----

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Nach Beschluss des Stadtvorstandes ist für 2010 keine Kürzung bei den freien Trägern der Jugendzentren vorgesehen. Der Bestand kann 2010 erhalten bleiben. Beschlussfassung erfolgt im Rahmen der Mittelverteilung 2010. Für 2011 sieht der HPL-Entwurf Kürzungen vor.

Ausschuss	Bezirk
JHA	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Ansatz für den Gesamtzuschuss aller Jugendeinrichtungen freier Träger wurde in geringfügigem Umfang gekürzt (um 39.800 EUR, das entspricht 0,57 % des Zuschusses 2010). Der Zuschuss für die stadtnahe Betreibergesellschaft JugZ g GmbH wurde gegenüber 2010 um 10% erhöht, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. Der Bestand von Einrichtungen ist damit nicht gefährdet. Die Ziele des Vorschlags wurden demnach erreicht.

## Schule/Bildung

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
6	547-10	Montessorigymnasium

### Vorschlagstext

Wir möchten auf den heruntergekommenen Eindruck des Montessori-Gymnasiums hinweisen, wo wir kürzlich eine sehr schöne Veranstaltung besuchen konnten. Nicht nur die Fassade und das Außengelände sind in einem abstossenden Zustand, sondern das Gebäude scheint so in die Jahre gekommen zu sein, dass an vielen Stellen, auch in der Sporthalle, eine sorgfältige Sanierung notwendig erscheint. Da diese Schule nun Ganztagschule ist, erscheint eine würdige Umgebung, in der man sich wohlfühlen kann, als Lernatmosphäre sehr wichtig.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Aufgrund des bekanntermaßen schlechten baulichen Zustands der Schulanlage ist mittelfristig eine Generalinstandsetzung beabsichtigt. Darüber hinaus ist aufgrund eines erhöhten Raumbedarfs, u. a. durch die Einführung des Ganztagsbetriebs und die Notwendigkeit zum Ersatz der Fertigbauklassen, eine Erweiterung der Schule notwendig. Für die beabsichtigte Schülererweiterung wird z. Z. aufgrund der schwierigen Grundstückssituation die Realisierbarkeit des Raumprogramms im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft, wobei hierfür voraussichtlich eine Grundstückserweiterung erforderlich sein wird. Ein abschließendes Ergebnis der Voruntersuchung liegt allerdings noch nicht vor.

Die Generalinstandsetzung soll aufgrund ansonsten fehlender Ausweichmöglichkeiten nach Fertigstellung der Erweiterungsmaßnahme in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden allerdings vorab bereits einige unaufschiebbare Sanierungen im Gebäudebestand geplant und in Kürze durchgeführt. Hierzu gehört insbesondere die Sanierung der Außentoiletten im Montessori-Zentrum, für die z. Z. die bauvorbereitenden Arbeiten durchgeführt werden. Vorbehaltlich eines störungsfreien Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens kann mit einer Bauaufnahme in den Sommerferien 2010 gerechnet werden. Die Kosten sind mit rd. 150.000 EUR ermittelt. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut des Gebäudes beabsichtigt, die eine Erneuerung der Dächer, der Fassaden einschließlich Wärmedämmung sowie die Erneuerung der Fensteranlagen und des Sonnenschutzes mit einem Kostenaufwand von rd. 2,5 Mio. EUR umfassen. Auch hierfür werden die vorbereitenden Arbeiten mit Nachdruck betrieben und mit einer Bauaufnahme ab Sommer 2010 gerechnet. Außerdem erfolgt im Gebäude in Abstimmung mit dem Brandschutz eine Ertüchtigung der bestehenden brandschutztechnischen Einrichtungen (Treppenhäuser, Brandmeldeanlage) mit Kosten in Höhe von rd. 200.000 EUR. Die Arbeiten soll ebenfalls im Sommer 2010 ausgeführt werden.

-----

### Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Im Vorgriff auf eine spätere Generalinstandsetzung wird in den Sommerferien mit der Sanierung der Außentoiletten, energetischen Sanierungsmaßnahmen an der Außenhaut sowie Brandschutzmaßnahmen begonnen. Die Kosten in Höhe von rd. 2,850 Mio. EUR sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft veranschlagt. Sowohl für die HS als auch für das Gy ist eine Erweiterung in der Planung. Die Kosten hierzu müssen noch ermittelt werden. Die Verwaltung empfiehlt eine erneute Vorlage und Beschlussfassung im Rahmen des beabsichtigten Planungsbeschlussverfahrens.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Ehrenfeld

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Sanierung der Außentoiletten und die Brandschutzmaßnahmen sind inzwischen abgeschlossen. Der Beginn der energetischen Sanierung der Außenfassade (Fenster, Fassade, Dach) ist zu den Sommerferien 2011 geplant.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
8	984-10	Max-Ernst-Gesamtschule: Runderneuerung der Ausstattung

### Vorschlagstext

Die Stadt Köln soll die desolante Ausstattung der Max-Ernst-Gesamtschule in Bocklemünd/Mengenich endlich richtig anpacken. Da die Schule, wie am Namen vielleicht schon zu erkennen, ein Institut ist, das seinen Fokus auf die „Kunst?“, siehe Kunstgeschichte, Kunst im praktischen Sinne, Theater usw. legt, ist das Ausführen vieler Tätigkeiten dort äußerst schwierig. Der Vorhang in der Mensa, die den Mittelpunkt der Schule darstellt, muss erneuert werden (Theatervorführungen sind dort ein Trauerspiel vor lauter Löcher). Auch die Scheinwerfer und übrige Technik in der Mensa macht eine angemessene Kulissenaufbereitung während einer Vorführung nicht grade einfach. Die Kunsträume haben eine bessere Grundausstattung verdient. Man findet Utensilien, die rund zehn Jahre, und älter sind. Von alten Pinseln und Scheren, bis zu Farben und normalen Wasserbechern, die für Wasserfarben benötigt, und mittlerweile aus alten Butterschachteln angefertigt werden, ist vieles verbesserungswürdig. Auch im sportlichen Bereich gilt es materiell aufzustocken. Von einer einfachen Ballpumpe hin, bis zu neuen Bällen und Springseilen reicht die Liste der Anschaffungen, über die sich Eltern, Lehrer und Schüler sehr freuen würden. Ein weiterer Schwerpunkt bezieht sich auf die Außenanlage der Schule. Diese sollte unbedingt mit neuen Bänken und anderen Sitzgelegenheiten versehen werden, die zum Ausruhen und Sitzen einladen und nicht durch ihre Moos-Grüne Farbe abschrecken. Da die Schule beinahe 900 Schüler beherbergt, wären ein oder zwei neue Tischtennisplatten, oder andere Sportgeräte grade in der Nähe von „Villa Hügel?“, wo sich sehr viele Schüler/innen aufhalten, von Vorteil. Weiterhin benötigt ein Teil der bereits bestehenden Sportgerätschaften die eine oder andere Reparatur (z.B. Fußballtore ohne Netze?). Dann hat sich die Schülerschaft dafür ausgesprochen neue Fahnenmasten an einem der Eingänge anzubringen, der in nächster Zeit zum Haupteingang der Schule gemacht wird. Die alten Fahnenmasten sind bereits total bewachsen und Teil des Waldes geworden. Natürlich wäre es nur allzu logisch der Schule die benötigten Fahnen ebenfalls zu Verfügung zu stellen. Zum Schluss spricht sich die Schule für einen Satz neuer Computer in mindestens einem Raum pro Jahrgang aus. Die Schule hat zwar ihre Computerräume, doch der Schulalltag und die Fortbildung der Schüler am Medium Computer, welches in der Zukunft und auch heute schon eine ziemlich große Rolle spielt und spielen wird, könnte durch die Anschaffung dieser Gerätschaften merklich vereinfacht werden.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Für die Max-Ernst-Gesamtschule wird z.Zt. ein Erweiterungsbau errichtet. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist Oktober 2010. Im Anschluss daran erfolgt eine Generalinstandsetzung der Trakte C und E sowie der Neubau von 2 Turnhallen.

In diesem Zusammenhang erfolgt in enger Abstimmung mit der Schulleitung unter Berücksichtigung der noch weiter verwendbaren Ausstattung eine Neueinrichtung. Hierzu gehören u.a. auch Fachräume sowie die Turnhallen.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet. Für die Realisierung stehen i.R.d. Einrichtung des Erweiterungsbaus Trakt H für 2010 Mittel zur Verfügung. Für 2011 wurden entsprechende Mittel für den Haushalt angemeldet.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Ehrenfeld

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Erweiterungsbau (Trakt H) soll zum 01.07.2011 mit entsprechend neuer Ausstattung eröffnet werden. Für die Einrichtung der beiden neuen Turnhallen sowie die Generalinstandsetzung der Trakte C+E ist die Vorlage zur Mittelfreigabe durch die politischen Gremien im Unterschriftsgang.

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
11	285-10	Turnhalle für Ensen/Westhoven

### Vorschlagstext

Der Stadtteil Ensen/Westhoven verfügt auf dem Schulgrundstück Berliner Str. 36 über eine Turnhalle, die seit Jahren aufgrund diverser Mängel nicht genutzt werden kann. Keine Turnhalle bedeutet, insbesondere für hunderte Grundschul Kinder, Turnvereine und sonstige Vereine einen erheblichen Mehraufwand. Kinder werden mit mehreren Bussen täglich in andere Stadtteile gefahren, was erhebliche Transportkosten verursacht. Auch Vereine sind mehr damit beschäftigt durch die Gegend zu fahren, diverse Sportangebote mussten gestrichen werden. Hier ist eine dringende Sanierung, bzw. wenn dies nicht umsetzbar wäre, ein Neubau gefordert.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der ehemalige Schulstandort Berliner Str. ist bereits seit Längerem im Einvernehmen mit der Schulverwaltung aus einer schulischen Nutzung herausgenommen worden und wird einer anderen städtebaulichen Nutzung (Wohnungsbau) zugeführt. Bis zur endgültigen Inanspruchnahme für die neue Nutzung wurden Teilbereiche des Schulgebäudes in den letzten Jahren noch als Ausweichmöglichkeit für die Grundschule Hohe Str. genutzt. Nach der inzwischen erfolgten Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes für die Grundschule ist auch diese Zwischennutzung aufgegeben worden.

Die seit Jahren nicht mehr nutzbare Turnhalle am Standort Berliner Str. ist mit einem wirtschaftlich vertretbaren Aufwand nicht zu sanieren. Das städtebauliche Planungskonzept für den Bereich Engelshof/Berliner Str. berücksichtigt jedoch als Ersatz hierfür einen Turnhallenneubau im Planungsgebiet.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Das Grundstück Berliner Str. 36 soll langfristig wieder als Schulstandort genutzt werden. Für die notwendige Änderung des bestehenden, rechtskräftigen Bebauungsplanes erfolgt z.Zt. das Beschlussverfahren. Vorbehaltlich der Herstellung des Planungsrechts wird im Rahmen eines endgültigen Ausbaus des Schulstandortes dann auch der Neubau einer Turnhalle berücksichtigt. Die Verwaltung empfiehlt daher eine erneute Vorlage und Beschlussfassung im Rahmen des beabsichtigten Planungsbeschlussverfahrens.

### Ausschuss            Bezirk

SHA                    Porz

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Seit Ende Dezember 2010 wird das Schulgebäude Berliner Str. durch die Förderschule Stresemannstr. auf zunächst unbestimmte Zeit genutzt. Zur Vorbereitung der Planungsbeschlussvorlage muss noch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (Generalinstandsetzung oder Neubau) durch die Gebäudewirtschaft erstellt werden.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
12	251-10	Gesamtschule in Nippes

### Vorschlagstext

Errichtung einer Gesamtschule in Nippes, da in diesem Bezirk eine Schule dieser Schulform fehlt. Die Gesamtschule soll als gebundene Ganztagschule mit gymnasialer Oberstufe gegründet werden und behindertengerecht eingerichtet sein.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 den Errichtungsbeschluss für eine neue Gesamtschule in Köln-Nippes gefasst. Lt. Ratsbeschluss soll die Gesamtschule als gebundene Ganztagschule mit inklusivem Unterricht geführt werden. Die Bezirksregierung Köln hat am 21.01.2010 die Genehmigung für die Gesamtschule als Halbtagschule erteilt. Es ist vorgesehen, die Verweigerung des Ganztags gerichtlich prüfen zu lassen.

Das pädagogische Konzept kann erst erarbeitet werden, wenn eine kommissarische Schulleitung ernannt ist.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag ist bereits umgesetzt; gem. Ratsbeschluss vom 17.12.2009, DS 5018/2009, startet die neue Gesamtschule am Standort Brehmstraße zum SJ 2010/11. Die Vorlage enthielt bereits einen Beschluss zur Finanzierung.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Nippes

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Gesamtschule wird seit dem 2. Halbjahr des Schuljahres 2010/11 im Ganztage geführt. Der Vorschlag ist somit umgesetzt.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorsch. Nr.	Überschrift
13	1416-10	Gemeinsamer Unterricht: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung der UN-Behinderten-Rechtskonvention

### Vorschlagstext

In Deutschland gehen behinderte Kinder auf Sonderschulen. Ganz selbstverständlich. Wir halten das für falsch. Auch Kinder mit Behinderungen sind in erster Linie Kinder. Sie haben ein Recht darauf, gemeinsam mit anderen Kindern aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Wer sie zehn Jahre lang ? und damit für die gesamte Schulzeit ? von den anderen Kindern trennt und unter ?ihresgleichen? aufwachsen lässt, behindert sie bei der Integration in die Mitte der Gesellschaft. Den fehlenden Kontakt zu nicht (oder anders) behinderten Kindern kann ihnen keine noch so gute Förderung in den Sonderschulen ersetzen. Andere europäische Länder haben dies bereits längst erkannt. Im Schnitt wachsen in Europa mehr als 70 % aller behinderten Kinder integriert auf. In Deutschland sind es gerade einmal 15 %. Integrative Schulen sind hierzulande die große Ausnahme, ein Wahlrecht für Eltern und Schüler besteht de facto nicht. Die Kölner Stadtverwaltung hat dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner öffentlichen Sitzung am 20. April 2009 mitgeteilt: (??) Die Aufnahme in den GU (Gemeinsamen Unterricht) kann nur erfolgen, wenn die Schulaufsichtsbehörde im Zuge eines formellen Verfahrens (?) den GU als geeigneten Förderort festgestellt hat. Der Elternwunsch differiert häufig von der gutachterlichen Einschätzung der Eignung des Kindes. Finden die Eltern auch bei Feststellung des GU als geeignetem Förderort keinen freien Schulplatz sind sie verpflichtet, ihr Kind in einer entsprechenden Förderschule anzumelden. (?)? Diese Praxis verstößt unmittelbar gegen geltendes Völkerrecht. Das ?Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen? der Vereinten Nationen ist seit dem 1. Januar 2009 für Deutschland verbindlich ? bislang leider auch in Köln ohne spürbare Auswirkung. Forderung: In Köln darf ab sofort keinem Kind mehr der ?Gemeinsame Unterricht? verweigert werden. Dafür stellt die Stadt Köln als Schulträger sicher, dass es in jedem Stadtviertel zumindest eine Grundschule mit Gemeinsamen Unterricht gibt. Sie stellt darüber hinaus sicher, dass es in jedem Stadtbezirk zumindest eine weiterführende Schule mit Integrativen Lerngruppen gibt. Die Schulen sind notfalls vom Schulträger zusammen mit der Schulaufsicht anzuweisen. Die Stadt Köln trifft mit der Schulaufsicht ein Einvernehmen, dass grundsätzlich keine Zuweisungen ausschließlich zum Förderort Förderschule mehr getroffen werden. Die Stadt Köln sorgt im Zusammenwirken mit der Landesregierung, der Schulaufsicht und dem Landschaftsverband Rheinland für eine qualitativ hochwertige personelle und sächliche Ausstattung der Schulen mit Gemeinsamen Unterricht und Integrativen Lerngruppen. Sie unterstützt die Schulen notfalls aus eigenen Mitteln mit Sachleistungen, Fortbildungsangeboten und Personal (Sozialarbeitern, Schulpsychologen, Zivildienstleistenden sowie Sozialpädagogen und Erziehern zur Unterstützung im Unterricht, und ggf. im Einzelfall Schulbegleitern). Sie stellt damit sicher, dass die Stadt Köln potenziell für jedes Kind das Recht auf Integration einlösen kann. Begründung: 1 Umsetzung geltender Menschenrechte, siehe oben. 2 Eine repräsentative Befragung von Eltern (56 % Beteiligung) aller Kölner Drittklässler im September 2009 hatte u. a. zum Ergebnis, dass sich 72 % der Eltern den Gemeinsamen Unterricht für ihr Kind wünschen.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Verwaltung unterstützt das Ziel einer inklusiven Bildung entsprechend der Ausführungen der UN-Charta und damit auch die Intention der Anregung. Ziel muss es sein, den integrativen Unterricht so auszubauen, dass Eltern behinderter Kinder eine wirkliche Wahlfreiheit haben und der Wunsch nach Unterrichtung an den allgemeinen Schulen, insbesondere auch an den weiterführenden Schulen, ermöglicht wird.

Der sonderpädagogische Förderbedarf eines Schülers oder einer Schülerin wird weitgehend im Zuge eines gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens (§ 19ff SchulG; AO-SF) festgestellt. Im Bescheid der Schulaufsichtsbehörde wird dabei auch der Förderort - Förderschule oder Gemeinsamer Unterricht - festgelegt. Die Zuständigkeit für die Anmeldeempfehlung liegt mithin bei der Schulaufsicht, nicht bei der Stadt Köln als Schulträger.

Das Platzangebot im GU hängt einerseits ab von der Bereitschaft der Schulen zu entsprechendem Engagement.

Neben der Beteiligung der Stadt Köln an dem Schulversuch in NRW mit 2 Kompetenzzentren für Sonderpädagogische Förderung wirbt die Verwaltung im restlichen Stadtgebiet um Schulen, die bereit sind, als GU-Schulen integrativen Unterricht anzubieten (Umfrage zur Bereitschaft der Schulen für GU, Einzelgespräche mit Schulen, Beratungsangebote Schulaufsicht). Die Verwaltung sieht sich in ihren Bemühungen durch den Elternwillen bestätigt. Die Elternbefragung von Drittklässlern im September 2009 ergab, dass 72% der antwortenden Eltern einen gemeinsamen Unterricht befürworten, wenn die Förderbedingungen für alle Kinder stimmen.

Zum anderen ; und entscheidend ; hängt das Platzangebot im GU von den zur Verfügung stehenden Sonderpädagogenstellen ab. Daher fordert die Verwaltung in Gesprächen und durch Schriftwechsel mit dem Schulministerium und in Unterstützung des Städtetages NRW wiederholt und nachdrücklich, die Personalausstattung für die Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts zu verbessern. Der Bezirksregierung Köln stehen nur wenige Stellen für eine Ausweitung des GU in Köln zur Verfügung, sie hat jedoch bisher in allen Fällen, in denen neue Schulen Interesse angemeldet haben, die Entwicklung zur GU-Schule konstruktiv gefördert und ermöglicht.

Die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung des Elternwahlrechts liegt ebenfalls in der Zuständigkeit des Landes NRW.

Auch dieses Anliegen hat die Kölner Verwaltung gegenüber dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW bereits mehrfach vorgetragen und auch den Städtetag um entsprechende Unterstützung gebeten. Dieser hat das Land aufgefordert, eine Änderung des Schulgesetzes zur Sicherung des Elternrechts auf die Wahl des sonderpädagogischen Förderortes vorzunehmen unter Wahrung des Konnexitätsprinzips.

Lediglich die Schaffung der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen liegt in der Zuständigkeit der Stadt Köln als Schulträger. In den vergangenen Jahren wurde im Zuge von Schulsanierungen die Zahl rollstuhlgerechter Schulgebäude deutlich erhöht. Durch die Entwicklung und sukzessive Umsetzung einer neuen Schulbauleitlinie, die die Verwaltung dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung in seiner Sitzung am 24.08.2009 zur Kenntnis gebracht hat, will die Stadt Köln als Schulträger den spezifischen Raumanforderungen Rechnung tragen, die sich durch den differenzierten Unterricht sowie den individuellen Lern- und Förderbedarf in heterogenen Gruppen ergeben.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Stadt Köln die Erfüllung der Anregung, ab sofort allen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, deren Eltern eine integrative Schule fordern, einen Platz im Gemeinsamen Unterricht anzubieten, nicht zusichern kann, da ihre Umsetzung entscheidend von der Landesregierung abhängig ist.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wurde bereits durch den Ratsbeschluss vom 23.03.2010, Beschluss zu AN 0461/2010, als Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung eines Inklusionsplans aufgegriffen. Der Vorschlag wird daher grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden.

<b>Ausschuss</b>	<b>Bezirk</b>
JHA, SHA	Gesamtstadt

### **Entscheidung des Rates**

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### **Umsetzungsstand**

Der Sachstand ist gegenüber der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheides unverändert. Der Vorschlag wurde bereits durch den Ratsbeschluss vom 23.03.2010, Beschluss zu AN 0461/2010, als Auftrag an die Verwaltung zur Erarbeitung eines Inklusionsplans aufgegriffen. Der Vorschlag wird daher grundsätzlich befürwortet. Kosten können aber derzeit nicht beziffert werden.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
14	301-10	Mehr Sozialpädagogen für die TAS

### Vorschlagstext

Die TAS ist eine staatlich anerkannte Schule des Zweiten Bildungsweges. Sie ermöglicht sozial benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen haben, den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, des mittleren Bildungsabschlusses und der Fachhochschulreife. Die TAS hat über 1160 Schüler/innen. Die meisten von ihnen bringen ein Bündel an sozialen Problemen mit, das bisher eine erfolgreiche Integration verhindert hat. Um diese jungen Menschen nachhaltig in Schule und Beruf zu integrieren, ist über das normale Angebot der TAS hinaus eine umfangreiche sozialpädagogische Betreuung notwendig, für die kein Geld vorhanden ist. Deshalb schlage ich vor, der TAS für verschiedene Aufgaben (Betreuung von allein erziehenden jungen Müttern, Jungenförderung und Gewaltprävention) insgesamt 3 Sozialpädagogenstellen zu finanzieren.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VFJ) als Trägerverein der Tages- und Abendschule Köln (TAS) erhält derzeit aufgrund des mit der Stadt Köln bestehenden Vertrages einen Zuschuss in Höhe von rd. 1,74 Mio EUR jährlich. Eine in den Jahren 2008 und 2009 gezahlte zusätzliche Förderung zur Finanzierung der seit dem letzten Tarifabschluss deutlich gestiegenen Personalkosten kann derzeit aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung (noch) nicht gewährt werden, hier bleibt das Inkrafttreten des Haushaltsplans 2010 abzuwarten. Mit dem vertraglich vereinbarten Zuschuss finanziert der VFJ neben seinem Eigenanteil als Schulträger einer staatlich anerkannten Ersatzschule auch sozialpädagogische Betreuung seines Klientels. Bisher hält der VFJ 16,5 Sozialpädagogenstellen für die im Vorschlag genannten Zwecke vor. Hiervon werden 4,25 Stellen aus dem Zuschuss der Stadt Köln finanziert. Angesichts der besonderen Zielgruppe ist eine weitergehende sozialpädagogische Betreuung der Schülerinnen und Schüler sicherlich äußerst sinnvoll. Bei einer Finanzierung der Mehrstellen durch die Stadt Köln hätte dies eine Zuschusserhöhung von derzeit rd. 200.000 EUR zur Folge.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Für die Realisierung werden zusätzliche Mittel gemäß Kostenaufstellung benötigt. Daher sollte der Vorschlag zur abschließenden Entscheidung in die Hpl.-Beratungen verwiesen werden.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Im Haushaltsplan 2011 wurden für die Bezuschussung des VFJ zusätzlich weitere 100.000 EUR bereitgestellt.

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
17	618-10	Buszufahrt Pestalozzi-Schule Wahnheide

### Vorschlagstext

Die Pestalozzi-Schule in Porz-Wahnheide benötigt dringend eine neue, separate Buszufahrt, da bislang die Schulbusse nicht auf dem Schulgelände wenden können. Es ist jedoch wichtig, dass die behinderten Kinder bis unmittelbar an das Schulgebäude gebracht werden können.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Planung für den Ausbau einer neuen Buszufahrt für die behinderten Kinder ist bereits seit längerem abgeschlossen, so dass ein Ausbau kurzfristig erfolgen könnte. Für die Realisierung der Maßnahme ist allerdings der Ankauf eines Grundstückes erforderlich, das sich im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindet. Der Ankauf ist trotz bisheriger Anstrengungen der Verwaltung (u. a. wegen der Kaufpreisforderungen der Bundesanstalt) noch nicht zum Abschluss gekommen. Die Verwaltung ist weiterhin intensiv um eine Einigung bemüht.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet. Der Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft hat am 07.06.2010 den Ankauf der benötigten Grundstücke aus dem Bundesvermögen beschlossen, so dass nach Abschluss des Kaufvertrags und Übertragung des Grundstücks in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft der Ausbau der Buszufahrt durchgeführt werden kann. Die Mittel stehen im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft zur Verfügung.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Porz

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Ausbau der Buszufahrt wurde inzwischen fertiggestellt. Der Vorschlag ist somit umgesetzt.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
19	799-10	Sanierungsbedarf an der Kaiserin-Theophanu Schule in Köln-Kalk

### Vorschlagstext

Sehr geehrte Damen und Herren, das Gebäude des o.g. Gymnasiums befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Marode Wände, zugige Fenster und miserable Ausstattung tragen nicht zu einer angenehmen Lernatmosphäre bei. Der Stundenplan wird nicht nach pädagogischen Gesichtspunkten zusammengestellt, sondern um den Belegungsplan der zu kleinen und baufälligen Turnhalle konstruiert. Daher beantrage ich die kurzfristige Umsetzung des bereits im April d.J. von der Bezirksvertretung beschlossenen Vorhabens. Dies bedeutet für das Budget der Stadt keine Aufwandserhöhung, sondern es wird nur eine zeitnahe Umsetzung zum Wohle der Kinder gewünscht!

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Planungsaufnahme für eine Erweiterung des Gymnasiums Kantstr. (Kaiserin-Theophanu-Schule) ist beauftragt. Das der Planung zugrunde liegende Raumprogramm umfasst 31 Unterrichtsräume, mit denen gleichzeitig auch die vorhandenen maroden Fertigbauklassen ersetzt werden, sowie den Neubau einer dreiteilbaren Sporthalle.

Aufgrund der bereits bestehenden Bebauung und der sehr beengten Grundstückssituation ist die Realisierung des vorgegebenen Raumprogramms allerdings äußerst problematisch und muss daher zunächst im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Darüber hinaus ist eine Generalinstandsetzung des Altbaus beabsichtigt, deren Durchführung allerdings erst nach Abschluss der Schulerweiterung angegangen werden kann, da für die Dauer der Sanierung keine geeigneten Auslagerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen würden.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierung erfolgt mangels Auslagerungsmöglichkeiten unmittelbar nach Fertigstellung der vom Rat beschlossenen Erweiterungsmaßnahme.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Kalk

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Sachstand ist unverändert. Die Sanierung im Bestand kann erst nach Realisierung der Erweiterungsmaßnahme angegangen werden.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
23	817-10	KGS Forststraße: Hilferuf nach neuen Toiletten!

### Vorschlagstext

Die Schülertoiletten der KGS Forststraße befinden sich seit längerem in einem desolaten Zustand. Daraus ergeben sich mannigfaltige Probleme: Kinder halten ein, bis sie Bauchschmerzen haben. Kinder ekeln sich, "kreative" Jungen nutzen den Schulgarten. Alle bisherigen Bemühungen haben leider zu keiner Veränderung geführt.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahren beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Die Toilettensanierung der Grundschule Forststr. ist Bestandteil dieses Programms. Allerdings wird aufgrund der schlechten Bausubstanz der gesamten Schulanlage eine Generalinstandsetzung der Schule angestrebt. Sollte sich herausstellen, dass diese Gesamtmaßnahme nicht finanzierbar ist und daher auf einen späteren Realisierungszeitraum aufgeschoben werden muss, wird auf jeden Fall die Sanierung der Toilettenanlagen vorgezogen.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Aufgrund der schlechten Bausubstanz beabsichtigt die Gebäudewirtschaft eine Generalinstandsetzung der Schulanlage. Planungsmittel sind im Wirtschaftsplan 2010 der Gebäudewirtschaft berücksichtigt. Es erfolgt eine Berichterstattung zu einem späteren Zeitpunkt.

Ausschuss	Bezirk
-----------	--------

SHA	Kalk
-----	------

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Generalinstandsetzung der Grundschule Forststasse befindet sich in der Vorplanungsphase. Die bestehende Toilettenanlage wird funktionsfähig gehalten.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
41	532-10	Waldschule Leidenhausen

### Vorschlagstext

Diese hervorragend arbeitende Einrichtung - für Kölner Schulkinder unverzichtbar und ohne Alternative(!) - sollte dringend langfristig finanziell abgesichert werden. Die Beliebtheit (Dank an Herbie) wird durch die große Nachfrage bei der jährlichen Terminvergabe deutlich: Nicht annähernd können die Anfragen erfüllt werden!!!

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Zurzeit verfügt die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. (SDW) über eine Lehrerstelle in der Waldschule, die vornehmlich über einen Zuschuss der Stadt Köln finanziert wird. Aufgrund der hohen Zahl von Anmeldungen in der Einrichtung, die weit über der möglichen Kapazität liegt, wäre die Einrichtung einer zweiten Lehrerstelle sinnvoll und auskömmlich. Kostenschätzung: ca. 60.000 EUR/Jahr.

Ausschuss	Bezirk
-----------	--------

UG	Porz
----	------

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Rat hat mit Beschluss des Haushaltes 2010/11 erneut die Förderung der Stelle des Waldschullehrers beschlossen. Die Einrichtung einer zweiten Lehrerstelle ist aufgrund der Haushaltssituation zur Zeit nicht möglich.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
50	1115-10	Toilettenanlage Grundschule Zugweg eine Zumutung

### Vorschlagstext

die Grundschule Zugweg in der Südstadt, verfügt über eine Toilettenanlage, deren Beschreibung ich niemandem zumuten möchte. Umso schlimmer ist es, dass wir unseren Kindern die Benutzung zumuten. Viele Kinder halten ein, weil mehr als ekelig ist diese Toiletten aufzusuchen. Seit Jahren werden Anträge an die Stadt Köln gestellt, diese marode über 20 Jahre alte Toilettenanlage zu erneuern. Immer wieder wird man vertröstet. Hier muß dringend was geschehen. Desweiteren wäre mein Vorschlag, um dann die neuen Toiletten lange gut zu erhalten, dass Toilettenfrauen/ Männer während des Schulbetriebes die Anlage mitbeaufsichtigen und säubern. Oft wird durch die Präsenz von Toilettenpersonal nicht mehr mutwillig verschmutzt.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahre beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Für die geplante umfassende Sanierung der Toilettenanlagen in der Grundschule Zugweg wurden die Baukosten mit rd. 290.000 EUR ermittelt. Unter Berücksichtigung der Vorlaufzeiten für das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren wird von einem Baubeginn Mitte dieses Jahres ausgegangen.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag zur Sanierung wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Aufgrund mehrfach geforderter Planungsänderungen ist ein Baubeginn erst im 4. Quartal 2010 möglich. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des vom Rat beschlossenen Programms zur Sanierung der Toiletten in Schulen und Sporthallen und ist im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft 2010/2011 sicher gestellt. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Sanierung wird seitens der Schule ein Konzept erstellt.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Innenstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Sanierung der Toiletten befindet sich in der Ausführung. Die Fertigstellung erfolgt voraussichtlich im 2. Quartal 2011.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
60	564-10	Kurzfristige Lösung für die IHS Junkerdorf

### Vorschlagstext

Um schon im nächsten Jahr ausreichend Plätze für Schulneulinge bereitstellen zu können, ist es, vor Neuplanung einer weiteren Schule in Junkerdorf, erst einmal unbedingt erforderlich, eine schnelle und realisierbare Dependance zur jetzigen Schule zu schaffen.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Verwaltung befindet sich bereits in Verhandlungen zum Ankauf des Grundstückes der ehemaligen belgischen Schule. Das Grundstück wird für die Sicherung des Grundschulangebots und für eine weitere Kindertagesstätte benötigt.

Mit der Grundstückseigentümerin wurde zwischenzeitlich für einen Teilbereich des Grundstückes ein vorausgehender Mietvertrag abgeschlossen, um dort kurzfristig mit temporären mobilen Unterrichts-, Betreuungs- und Verwaltungsräumen den wachsenden Raumbedarf der Grundschule der Ildefons-Herwegen-Schule decken zu können. Entsprechende Planungsaufträge hierfür sind bereits erteilt. Die temporären Bauten für die vorübergehende Dependance sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 zur Verfügung stehen.

-----

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung befürwortet und befindet sich bereits in der Umsetzung. Die temporären Schulbauten für die Ildefons-Herwegen-Schule auf dem Grundstück der ehemaligen Belgischen Schule sind beauftragt und werden voraussichtlich Mitte September 2010 fertig gestellt sein. Die Finanzierung ist im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft sicher gestellt.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Lindenthal

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Neubau der Ildefons-Herwegen-Schule auf dem Grundstück der ehemaligen Belgischen Schule ist fertig gestellt und seit Mitte März 2011 in Betrieb. Der Vorschlag ist somit umgesetzt.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
63	1527-10	Bürgerzentrum Engelshof - generationsübergreifendes Lernen - Bildung, die Bock macht!

### Vorschlagstext

Im Bürgerzentrum Engelshof finden seit 1976 Bildungsangebote für Kinder, Familien, Jugendliche, Erwachsene und Senioren statt. Gelernt wird hier nicht nur in Kursen und Workshops, sondern auch informell durch freiwillige Angebote und Begegnung aller Schichten und Kulturen. Getragen durch großes ehrenamtliches Engagement drohen durch die städtischen Kürzungen starke Einbußen. Deshalb muss alles getan werden, um dieses Angebot zu erhalten

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Arbeit des Bürgerzentrums Engelshof, dessen Träger der Bürgerzentrum Engelshof e.V. ist, orientiert sich an dem vom Rat der Stadt Köln 2008 beschlossenen Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren. Die Arbeit der Bürgerzentren orientiert sich an sieben Handlungsfeldern, so auch am Handlungsfeld Erziehung, Bildung und Qualifizierung. Die zentrale Aufgabe der Bürgerhäuser und Bürgerzentren besteht darin, geeignete Angebotsstrukturen zu entwickeln, die einerseits den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger und andererseits den Ressourcenmöglichkeiten des Trägers entsprechen. An den Ressourcen der Einrichtung beteiligt sich die Stadt Köln mit einem Betriebskostenzuschuss. Unter diesen Prämissen wird das spezifische und profilierte Programm der Einrichtung in Ziel- und Leistungsvereinbarungen dargestellt. Die Verwaltung wird in den Abstimmungsgesprächen mit dem Bürgerzentrum Engelshof e. V. zum Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarungen das Anliegen des Antrags, die Bildungsangebote für Kinder, Familien, Jugendliche, Erwachsene und Senioren zu erhalten, thematisieren. Die Entscheidung über die Angebotsschwerpunkte des Bürgerzentrums Engelshof liegt entsprechend den Regelungen des Rahmenkonzepts beim Träger.

Ausschuss	Bezirk
-----------	--------

SOZ	Porz
-----	------

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagte Betriebskostenzuschuss wurde gegenüber den Vorjahren nicht gekürzt.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
66	997-10	Erweiterungsbau Hansagymnasium

### Vorschlagstext

Das Hansagymnasium platzt seit vielen Jahren aus allen Nähten. Seit der Schulzeitverkürzung im Gymnasialbereich (G8) und dem damit verbundenen stark vermehrten Nachmittagsunterricht ist es noch viel schlimmer geworden. Ein Erweiterungsbau inkl. besseren räumlichen Möglichkeiten für Mittagessen und Betreuung/Freistunden ist deshalb dringend erforderlich geworden. Diese Probleme bestehen jetzt und nicht irgendwann, wenn es vielleicht einmal Geld dafür geben wird! Insofern muss hier wohl leider die Kommunalpolitik die Hausaufgaben für das Vorpreschen einer nicht sehr praxisbezogenen Landespolitik (Stichwort "Bildungshoheit") machen.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bevor konkrete Planungsschritte aufgenommen werden können, sind zunächst verwaltungsinterne Abstimmungen erforderlich, im Rahmen derer auch die Finanzierung zu prüfen ist. Eine Erweiterung des Hansa-Gymnasiums ist auch Bestandteil der geplanten "Bildungslandschaft Nord", zu deren Umsetzung noch keine abschließende Entscheidung in den politischen Gremien getroffen ist.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag zur Erweiterung des Hansagymnasiums wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Er ist auch Bestandteil der sich zur Zeit in der Beratungsfolge befindlichen Beschlussvorlage mit der Nr. 0508/2010 "Bildungslandschaft Altstadt Nord, Planung und Realisierung" (ASW am 30.08.10). Eine Beschlussfassung über den Vorschlag erfolgt damit im Rahmen der v.g. Beschlussvorlage.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Innenstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Am 14.09.2010 hat der Rat mehrheitlich der Beschlussvorlage zugestimmt. Derzeit wird für die Bildungslandschaft Altstadt Nord eine Machbarkeitsstudie angefertigt, in der auch die zeitlichen Abläufe der Baumaßnahmen - u. a. am Hansagymnasium - festgelegt werden.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
73	66-10	Runder Tisch Buchforst

### Vorschlagstext

Der Runde Tisch Buchforst wird ab März 2010 nicht mehr durch öffentliche Mittel finanziert. Da der Runde Tisch aber ein soziales Auffangbecken für den Stadtteil Buchforst ist, ist eine Weiterführung durch die Stadt unbedingt erforderlich.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Stadtteilzentrum Buchforst (Runder Tisch) ist aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hervorgegangen und leistet seit 2003 eine beispielhafte Stadtteilarbeit, die eine hohe integrative Wirkung erzielt und alle Generationen, insbesondere auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, einbezieht. Das Stadtteilzentrum ist als Bürgerbegegnungsstätte die Plattform in Buchforst, die bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und Segregation abbaut. Die Arbeit des Stadtteilzentrums wird für sinnvoll und notwendig erachtet. Für das Jahr 2010 ist die Finanzierung der Einrichtung aus Restmitteln von 2004/2005 des Mülheim-Programms (3. Programmstufe) beantragt. Zum jetzigen Zeitpunkt (31.01.2010) fehlt noch die formale Rückmeldung der Bezirksregierung. Da es sich um bewilligte Projektmittel handelt, die umgeschichtet werden, ist eine Zustimmung zu erwarten.

Ausschuss	Bezirk
SOZ	Mülheim

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Finanzierung für das Jahr 2011 ist durch Veranschlagung im Haushalt sichergestellt.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
77	558-10	Schulsanierung (Erweiterungsbau Gymnasium Wahn)

### Vorschlagstext

Seit 2000 wurden von der Stadt Köln jedes Jahr ca. 80 Mio. Euro für Schulsanierungen ausgegeben. Leider reichte diese enorme Summe immer noch nicht aus, um alle maroden Gebäude instandzusetzen. Daher darf der Haushaltsansatz für Schulsanierung auf keinen Fall reduziert werden! Als kurzfristige Maßnahme fordern wir: Zügige Realisierung des benötigten Erweiterungsbaus für das Maximilian-Kolbe-Gymnasium in Porz-Wahn.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 die Planungsaufnahme für die Errichtung eines gemeinsamen Erweiterungsbaus für das Gymnasium Nachtigallenstr. (Maximilian-Kolbe-Gymnasiums) sowie die Realschule Albert-Schweitzer-Str. (Otto-Lilienthal-Schule) beschlossen. Das Raumprogramm umfasst 10 Unterrichtsräume, eine Bibliothek sowie die notwendigen Räume für den Ganztagsbereich (Küche, Speiseräume, Freizeit- und Betreuungsräume). Die Gesamtkosten hierfür wurden überschläglich mit rd. 11,4 Mio. Euro geschätzt.

Zur Zeit erfolgt in einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren die Architektenauswahl. Ein konkreter Realisierungszeitraum kann erst nach Abschluss der Planungsleistungen erstellt werden, was voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 der Fall sein wird.

-----

Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet und befindet sich bereits in der Realisierungsphase. Konkrete Terminpläne können erst nach Abschluss der Planungsleistungen erstellt werden, was voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 möglich sein wird. Die Planungskosten sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert.

Ausschuss	Bezirk
-----------	--------

SHA	Porz
-----	------

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Sachstand ist unverändert. Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet und befindet sich bereits in der Realisierungsphase. Konkrete Terminpläne können erst nach Abschluss der Planungsleistungen erstellt werden, was voraussichtlich im 2. Halbjahr 2011 möglich sein wird. Die Planungskosten sind im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
80	27-10	Renovierung der Schulsporthalle des Georg-Büchner Gymnasium in Weiden absolut nötig

### Vorschlagstext

Die Schulsporthalle, die vom Gymnasium und der Hauptschule in Weiden benutzt wird, entspricht absolut nicht mehr den Mindeststandard einer Schulsporthalle. Die Ausstattung ist veraltet, marode und es fehlt an einer Grundausstattung von Geräten.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Sanierung des Schulzentrums Weiden einschließlich der Sportstätten ist mit weiteren Schulstandorten Teil des vom Rat beschlossenen dritten Ausschreibungspakets der ÖPP-Projekte (Öffentliches Privates Partnership) zur Sanierung städtischer Schulgebäude.

Nachdem in den Vorbereitungen der hierzu notwendigen Verfahrensabläufe zunächst erhebliche und in diesem Umfang auch so nicht vorhersehbare Probleme ausgeräumt werden mussten, die zu Verzögerungen beigetragen haben, kann nunmehr in diesem Jahr das europaweite Ausschreibungsverfahren eingeleitet werden. Zielsetzung ist es, unter Berücksichtigung dieser sehr komplexen Abläufe einen Vertragsabschluss sowie die Beauftragung dann in 2011 und einen Baubeginn an allen in diesem Sanierungspaket enthaltenen Schulstandorten ab 2012 zu erreichen.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierung des Schulzentrums Weiden ist Bestandteil des vom Rat beschlossenen dritten Ausschreibungspakets der ÖPP-Projekte. Zielsetzung ist weiterhin, eine Beauftragung in 2011 und einen Baubeginn an allen in diesem Los enthaltenen Schulstandorten in 2012 zu erreichen.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Lindenthal

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Sachstand ist unverändert. Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierung des Schulzentrums Weiden ist Bestandteil des vom Rat beschlossenen dritten Ausschreibungspakets der ÖPP-Projekte. Zielsetzung ist weiterhin, eine Beauftragung in 2011 und einen Baubeginn an allen in diesem Los enthaltenen Schulstandorten in 2012 zu erreichen.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
85	1085-10	Kölner Erzähl- und Begegnungscafé

### Vorschlagstext

Im Kölner Erzähl- und Begegnungscafé treffen junge Kölnerinnen und Kölner mit Überlebenden der Nazi-Diktatur zusammen. Sie lernen im Dialog mit den Überlebenden Vorurteile zu überwinden und wachsam gegenüber Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu sein. Die direkte Begegnung mit den Überlebenden und ihrem Schicksal macht sehr oft tiefen Eindruck auf die Jugendlichen. Wenn der Träger des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés, der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V., keine Unterstützung durch die Stadt Köln und ihre Bürger erhält, ist dieses seit fünf Jahren erfolgreich laufende Projekt akut gefährdet. Das Erzähl- und Begegnungscafé verursacht Kosten von etwa ? 15.000 pro Jahr.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Im Kölner Begegnungscafe treffen sich seit ca. 5 Jahren Holocaust-Überlebende aus Köln und Umgebung. Sie tauschen untereinander ihre Erfahrungen aus und verbringen einen geselligen Nachmittag in der Residenz am Dom, helfen sich beim Umgang mit den Belastungen in Folge von Verfolgung und Alter und erfahren Unterstützung durch den Träger "NS-Bundesverband Information und Beratung". Der Träger übernimmt die gesamte Organisationsarbeit einschließlich eines Hol- und Bringdienstes für diejenigen, die nicht mehr alleine ausgehen können, versucht die Überlebenden zu beraten und Unterstützung im Kölner Pflege- und Hilfesystem für Senioren zu vermitteln. Einmal im Monat findet zusätzlich ein öffentliches Begegnungscafe statt, zu dem junge Kölner und Kölnerinnen sowie Referenten oder Überlebende aus dem Kölner Kreis eingeladen werden, um an Hand von Einzelschicksalen über Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu sprechen. Das Erzähl- und Begegnungscafe verursacht Kosten von ca. 15.000 EUR pro Jahr. Bisher erhält das Projekt von der Stadt Köln keine Unterstützung. Die Fortführung des Projektes ist akut gefährdet, da der Träger bisher keine Finanzierung erreichen konnte und nicht über genügend Eigenmittel verfügt.

Ausschuss	Bezirk
SOZ	Innenstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Fortführung des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés ist gesichert, da der Rat im Veränderungsnachweis eine Bezuschussung in Höhe von 15.000 EUR beschlossen und entsprechende Mittel bereit gestellt hat.

---

## Schule/Bildung

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
87	1178-10	Sanierung der Schultoiletten in der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz

### Vorschlagstext

Der Zustand unserer Schultoiletten ist unausstehlich! Die Schultoiletten sind heruntergekommen, kaputt und stinken nach Urin. Außerdem, ist der Gang zur Toilette äußerst unhygienisch, da es keine Möglichkeiten gibt sich vernünftig die Hände zu waschen und abzutrocknen. Keine Seife! Keine Abtrockentücher! Überschwemmungen durch verstopfte Toiletten sind nichts Ungewöhnliches. Der alarmierende Zustand ist schon lange bekannt und trotzdem wurde bisher nichts unternommen! Wir fordern eine Sanierung der Schultoiletten sowie ein System, das den intakten Zustand der Toiletten langfristig gewährleistet! Die Oberstufe der Lise-Meitner-Gesamtschule Köln-Porz

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Der Rat der Stadt Köln hat am 10.09.2009 das von der Verwaltung erarbeitete Zeit-/Maßnahmenprogramm zur Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen mit einem Kostenaufwand von rd. 16,3 Mio. EUR beschlossen und die Verwaltung mit der Umsetzung des Programms innerhalb der nächsten beiden Jahre beauftragt. An der sukzessiven und termingerechten Umsetzung des sehr umfangreichen Sanierungsprogramms arbeitet die Verwaltung mit größtem Nachdruck. Die Toilettensanierungen in der Lise-Meitner-Gesamtschule in Köln-Porz, Stresemannstr., sind mit bisher geschätzten Kosten von rd. 400.000 EUR Bestandteil dieses Programms. Die Verwaltung bereitet z.z. die hierfür notwendigen öffentlichen Ausschreibungen vor. Vorbehaltlich eines reibungslosen Verfahrensablaufs wird angestrebt, noch in den Sommerferien 2010 mit den Arbeiten zu beginnen.

-----  
Aktualisierte /Ergänzende Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag wird von der Verwaltung grundsätzlich befürwortet. Die Sanierungsarbeiten werden im Zeitraum von Mitte Dezember 2010 bis Anfang Mai 2011 durchgeführt. Die Finanzierung ist im Rahmen des vom Rat beschlossenen Programms zur Sanierung der Toiletten in Schulen und Sporthallen im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft berücksichtigt.

Ausschuss	Bezirk
SHA	Porz

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Maßnahme befindet sich in der Ausführung. Aufgrund des festgestellten erhöhten Sanierungsumfangs ist mit einer abschließenden Fertigstellung der Sanierungsarbeiten voraussichtlich Ende 2011 zu rechnen.

---

# **Thema: Umweltschutz**

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
4	34-10	Radwege erweitern und sicherer gestalten

### Vorschlagstext

Die Kölner Radwege bedürfen einer Erweiterung. Ökologische Mobilität soll als Thema für 2010 eine Hauptrolle in Köln spielen. Wir sind hier nicht wie zum Beispiel in Berlin oder London als wichtige Stadt für Pilotprojekte erkoren worden. Das soll sich ändern. Auch die Medien sollten mit einbezogen werden um Köln als Vorreiter des Themas "Mobilität anders erfahren" bekannt zu machen. Des Weiteren braucht die Stadt eine Task-Force. Die vorhandenen Radwege sollen ständig einer Prüfung und Optimierung unterzogen werden. Zum Beispiel gibt es auf den Ringen mehrere gefährliche Stellen wie die Kreuzung Zülpicher Str., Baumwurzeln zwischen Friesenplatz und Rudolfplatz oder gefährliche Laternen, die ebenso wie die Radwegbreite gefährlich werden können.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Über die Arbeit des Fahrradbeauftragten und zu Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs wird regelmäßig in Pressemitteilungen und Internetmeldungen auf der Seite des Fahrradbeauftragten berichtet. Mindestens einmal im Jahr wird eine stadtweite Plakataktion „Ich fahre Rad, weil“ durchgeführt. Auf Grund der vielen Anregungen zum Thema Radverkehr im Bürgerhaushalt 2008 wurde das Team des Fahrradbeauftragten personell aufgestockt. In 2009 wurde ein Sanierungsprogramm erstellt, das jetzt für 2010 neu aufgelegt wird. Für eine gesicherte Fortführung des Radwegesanierungsprogramms müssten jährlich Finanzmittel in Höhe von 2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden. Für kleine bauliche Maßnahmen besteht ein jährlicher Bedarf von 500.000 EUR.

Ausschuss	Bezirk
VKA	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Für das laufende Haushaltsjahr ist das Sanierungsprogramm für Radwege wieder mit 1,5 Mio. EUR berücksichtigt. Für bauliche Maßnahmen stehen in die nächsten fünf Jahren jährlich 500.000 EUR aus Stellplatzablösemitteln zur Verfügung. Zurzeit laufen größere Radsanierungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Sanierung der Radwege an der Aachener Straße und an der Olpener Straße. Viele kleinere bauliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Bordsteinabsenkungen, werden im Geschäft der laufenden Verwaltung abgewickelt. Auch in Zukunft wird das Thema Radverkehrsförderung genauso intensiv vorangetrieben wie in den vergangenen Jahren.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
11	30-10	Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts

### Vorschlagstext

Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzepts unter Einbindung aller bestehenden städtischen sowie gemeinnützigen Kölner Umweltbildungsakteure inklusive Personal- und Aufgabenerweiterung der städtischen "Informationsstelle für (schulische) Umweltbildung" zur Umsetzung und Koordination des erarbeiteten Konzepts.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

1. Bewertung des Vorschlags Der Vorschlag Nr. 30 setzt sich für die Erstellung eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzepts ein. Bei der Erstellung des Umweltbildungskonzepts sollen alle Umweltbildungsakteure einbezogen werden. Die Umsetzung und Koordination des Konzepts soll nach Aussage des Vorschlags Nr. 30 bei der Informationsstelle für schulische Umweltbildung liegen. Der Vorschlag ist insgesamt fachlich positiv zu bewerten. Die finanzielle Durchführbarkeit hängt von den noch zu konkretisierenden Maßnahmen ab und kann erst danach bewertet werden. 2. Zielsetzung Mit der Erstellung eines solchen Umweltbildungskonzept sollen nach Auffassung der Verwaltung Vorschläge entwickelt werden, wie die Umweltbildung in Köln in Richtung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung weiterentwickelt und besser vernetzt werden kann, wie möglichst alle Bildungsbereiche und Akteure in Aktivitäten einbezogen werden können, damit die Umweltbildung stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann. 3. Informationsstelle für schulische Umweltbildung Die Aufgaben der Informationsstelle sind bisher insbesondere  $\zeta$  Pflege des umweltpädagogischen Netzwerkes an Kölner Schulen (im Moment mit 387 Pädagogen als Umwelt-Kontakt-Lehrer), sowie  $\zeta$  Beratung und Betreuung von im umweltpädagogischen Bereich tätigen Personen  $\zeta$  Organisation und Durchführung eines jährlichen umweltpädagogischen Fort-bildungsprogramms,  $\zeta$  Aufbau und Pflege einer umweltpädagogischen Fachbibliothek mit 6.600 Titeln,  $\zeta$  Herausgabe von Lehrer-Informationsmaterialien in gedruckter Form und auf der Stadt-Köln Internetseite zu bestimmten Fachthemen,  $\zeta$  Beratung und Unterstützung von umweltbezogenen Unterrichtsprojekten und schulischen Aktivitäten, wie Projekt- und Aktionstagen und -wochen,  $\zeta$  Planung und Begleitung von Sonderprojekten, wie Umweltwettbewerben und Aktionstagen. Für dieses Aufgabenspektrum sind die vorhandenen Personalressourcen zwingend erforderlich. Eine mögliche Aufgabenerweiterung bedarf deshalb zusätzlicher Ressourcen. Die umweltpädagogische Informationsstelle ist dem Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz in der Abteilung Planung und Vorsorge zugeordnet. Eine gegenüber den städtischen oder nichtstädtischen außerschulischen Lernorten und umweltpädagogischen Einrichtungen wie auch immer geartete übergeordnete Funktion ist nicht zielführend. Somit bleibt die Umsetzung und Koordination eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes eine gemeinsame partnerschaftliche Aufgabe der verschiedenen Einrichtungen, für eine sinnvolle Vernetzung und Abstimmung zu sorgen. 4. Umweltbildungskonzept gemeinsam entwickeln Umweltbildungseinrichtungen und Träger der Umweltbildung sind neben der Infostelle für schulische Umweltbildung, außerschulische Lernorte (Grüne Schule, Freiluga, Finkens Garten, Zooschule, Waldschule, Villa Öki), aber auch private Träger wie Netzwerk e.V., Querwaldein e.V. u.a., aber auch Bildungsträger wie die Volks-hochschule oder kirchliche Bildungswerke. Sie alle verfügen zusammen über ein breites Spektrum an ökologischen Bildungsangeboten. Diese Angebote zu bündeln, zu vernetzen und für gemeinsame Aktivitäten einzusetzen, ist das Ziel des angestrebten Konzepts. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, die Erstellung eines Umweltbildungskonzepts gemeinsam im Rahmen eines moderierten Beteiligungsverfahrens möglichst aller Umweltbildungsträger durchzuführen. Für das moderierte Verfahren und zur Erstellung des geforderten Konzepts soll eine externe Dienstleistung in Anspruch genommen werden. Eine mögliche Aufgabenerweiterung und Aufgabenzuweisung im Rahmen der Umsetzung des Konzepts müsste unter der Berücksichtigung einer fachlich korrekten Zuordnung und der Finanzierbarkeit geprüft werden. Letztlich muss über die Umsetzung in einer gesonderten Ratsvorlage entschieden werden. Die weitere Umsetzung der Aktivitäten und Maßnahmen des Konzepts obliegt im Wesentlichen den einzelnen Bildungsträgern im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit. Denn ein wesentlicher Teil von schon existierenden und möglicherweise zusätzlich erforderlichen Maßnahmen und Aktivitäten im Umweltbildungsbereich fallen nicht allein in den Verantwortungsbereich des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes und in den Aufgabenbereich der Informationsstelle für schulische Umweltbildung, sondern in die Zuständigkeit von anderen Dienststellen der Verwaltung, den Trägern der außerschulischen Lernorte, den freien Trägern von Umweltbildungseinrichtungen und Umweltbildungsakteuren. 5. Themen Im Sinne eines ganzheitlichen Konzepts einer kommunalen Umweltbildung wäre es wichtig, solche Bereiche stärker in den Focus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken, in der möglicherweise Handlungsbedarf besteht, wie  $\zeta$  Umwelterziehung im Vorschulbereich  $\zeta$  Schulische Umweltbildung  $\zeta$  Umweltbildung an Ganztagschulen  $\zeta$  Qualität der Bildungsangebote  $\zeta$  Arbeit an außerschulischen Lernorten  $\zeta$  Qualifikation des Lehrpersonals (Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung)  $\zeta$  Berufliche Bildung  $\zeta$  Erwachsenenbildung  $\zeta$  Verbraucherbildung  $\zeta$  Bildung für Klimaschutz  $\zeta$  Bildung für nachhaltige Entwicklung  $\zeta$  Zielgruppenspezifische Angebote, z.B. für Senioren 6. Verfahrensvorschlag Mit dem Vorschlag, im Rahmen einer Beteiligung aller Akteure die wesentlichen Elemente eines solchen Konzepts zu erarbeiten, soll das Konzept auf eine breite Grundlage gestellt werden. Es bietet sich an, dies in Form eines Forums aller Akteure der Umweltbildung zu bewerkstelligen. Damit könnte das Forum

Umweltbildung Köln neu belebt werden, das 1999 im Agenda-Prozess in den Agenda-Themenkreis Bildung, Ausbildung und Wissenschaft integriert wurde. Folgende Schritte sind dafür vorgesehen:  $\zeta$  Für die Erstellung eines Konzepts durch ein moderiertes Verfahren sollte ein ausreichender Zeitrahmen zur Verfügung stehen. Angesichts der Themenbreite ist die Planung von drei Veranstaltungen mit Workshopcharakter notwendig, um ein von allen Beteiligten getragenes und auswertbares Ergebnis erzielen zu können.  $\zeta$  Eine professionelle Planung, Moderation und Nachbereitung mit einem aussagekräftigen Abschlussbericht muss angestrebt werden. Dazu wird die Vergabe an einen externen Dienstleister empfohlen, der in der Umweltbildung und den Kommunikations- und Moderationstechniken besonders ausgewiesen ist. Einschließlich Honorar- und Sachkosten (Moderation, Vor- und Nachbereitung, Abschlussbericht, Raumkosten, Catering, sonstige Sachkosten) sind rund 25.000 € anzusetzen.  $\zeta$  Zum Abschluss dieses Prozesses soll ein schriftliches Abschlussbericht stehen, das in ein Verwaltungskonzept mit konkreten Maßnahmen inklusive Sach- und Personalkosten einfließt und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt wird.

<b>Ausschuss</b>	<b>Bezirk</b>
UG	Gesamtstadt

### **Entscheidung des Rates**

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### **Umsetzungsstand**

Die Vakanz der zuständigen Stelle konnte zum 01.03.2011 durch interne Umorganisationen behoben werden. Derzeit werden die Erhebungsarbeiten abgeschlossen, ein Zwischenbericht bzw. möglicher erster Maßnahmenkatalog für die Politik wird in Kürze erfolgen.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
14	201-10	Tempo 50 auf der Riehler Straße

### Vorschlagstext

Auf der Riehler Straße (Teil der Nord-Süd Fahrt) zwischen Zoo und Ebertplatz darf mit 70 km/h gefahren werden. Das macht diesen Abschnitt für Radfahrer sehr gefährlich und führt zu unnötig hoher Lärm- und Abgasbelastung. Beim Abbiegen in Richtung Hansaring fehlt eine Abbiegespur, was ständiges Gehupe und zahlreiche Auffahrunfälle zur Folge hat. Tempo 50 würde die Situation deutlich verbessern, ausserdem könnte dann eine integrierte Radfahrerspur (wie am Hansaring) realisiert werden.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Bei einer Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit müssen an den Lichtsignalanlagen die Gelbzeiten sowie die Schutz- bzw. Zwischenzeiten geändert werden. Die betroffenen Lichtsignalanlagen sind in einem Erneuerungsprogramm enthalten und werden ausgetauscht. Die Schaltungen der neuen Ampeln werden dann auf eine Geschwindigkeit von 50 km/h berechnet. Eine vorgezogene Umprogrammierung würde zusätzliche Kosten in Höhe von über 20.000 Euro verursachen. Vor der Einrichtung einer durchgängigen Radverkehrsanlage sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.

### Ausschuss

VKA

### Bezirk

Innenstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Der Sachstand ist unverändert. Bei einer Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit müssen an den Lichtsignalanlagen die Gelbzeiten sowie die Schutz- bzw. Zwischenzeiten geändert werden. Die betroffenen Lichtsignalanlagen sind in einem Erneuerungsprogramm enthalten und werden ausgetauscht. Die Schaltungen der neuen Ampeln werden dann auf eine Geschwindigkeit von 50 km/h berechnet. Eine vorgezogene Umprogrammierung würde zusätzliche Kosten in Höhe von über 20.000 Euro verursachen. Vor der Einrichtung einer durchgängigen Radverkehrsanlage sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
17	32-10	Fahradwege von rechts- nach linksrheinisch

### Vorschlagstext

Die Fahrradwege, bzw. Zugänge zu diesen sind auf den Brücken: Deutzer Brücke, Hohenzollernbrücke, Südbrücke und Severinsbrücke Fahrrad unfreundlich. Insbesondere wenn man von rechtsrheinischen in die Innenstadt fährt muss man bei der Deutzer Brücke und der Severinsbrücke absteigen, schieben oder Umwege fahren.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Grundsätzlich wird bei den anstehenden Brückensanierungen der Radverkehr auf den Brücken berücksichtigt, die Verbesserung der Anbindungen ist auch Bestandteil des städtebaulichen Masterplanes für die Kölner Innenstadt. Die Anbindung der Deutzer Brücke kann im rechtsrheinischen auf der Südseite mit kleinen baulichen Anpassungen verbessert werden (Kosten etwa 10.000 EUR). Auf der Nordseite gibt es keine Verbesserungsmöglichkeiten. An der Severinsbrücke sind im Linksrheinischen grundsätzliche Planungen erforderlich (Kosten etwa 20.000 EUR), im Rechtsrheinischen sind Verbesserungen durch bauliche Anpassungen möglich (Kosten etwa 20.000 EUR). Sowohl für die erforderliche Planung als auch für die baulichen Anpassungen müssten zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Ausschuss	Bezirk
VKA	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Im Rahmen des Radverkehrsgutachtens aus dem Bürgerhaushalt 2008 werden die Anbindungen der Deutzer Brücke und der Severinsbrücke untersucht und Vorschläge erstellt.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
42	233-10	Den Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg von Lärm und Abgasen entlasten

### Vorschlagstext

Der Straßenzug Aachener Straße/Vogelsanger Weg/Am Weidenpesch/Kölner Weg/Militärtringstraße ist ein alter Schleichweg, der vor der Grundschule führt und allgemeine und reine Wohngebiete in Junkersdorf belastet. Die Messungen des LANUV. NRW im Jahr 2008 haben ergeben, dass die Grenzwerte der 22er BImSchV, was Stickstoffdioxid betrifft, in nächster Nähe zur Grundschule überschritten werden. Die Gemeinde Lövenich beabsichtigte diesen Straßenzug von Verkehr radikal zu entlasten. Nach Eingemeindung hat die Stadtverwaltung Köln diesen Straßenzug zum Erschließungsweg der Sporthochschule und der Stadionparkplätzen für den vom Westen kommenden Verkehr erklärt. Es wurde immer wieder gesagt, diese Verkehrsführung wird geändert, sobald die Stadtbahnlinie 1 bis Bonn Straße fährt. Dies ist bereits seit einigen Jahren geschehen. Diese Verkehrsführung muss geändert werden: Die Sporthochschule ist durch einen Rechtsabbieger von der Aachener Straße in den ehemaligen Carl-Diem- Weg zu erschliessen. die Parkplätze am Salzburger Weg ausschließlich von der Dürener Straße. Die Nutzung der Aachener Straße in diesem Abschnitt ist Misch- bzw. Misch- und Kerngebiet. An der Dürener Straße wohnt niemand. Es reicht nicht aus die Hinweisschilder zu entfernen. Durch bauliche und Verkehrslenkende Maßnahmen an dem Straßenzug Vogelsanger Weg/Kölner Weg und am Römershofweg muss die geänderte Verkehrsführung unterstützt werden. M.Herrmann

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Anregungen werden im Rahmen des Konzeptes Sportpark Müngersdorf geprüft. Die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept erforderlichen meist punktuellen Einzelmaßnahmen können aus den zur Verfügung stehenden Mitteln im konsumtiven und investiven Bereich bei Bedarf bereitgestellt werden.

Ausschuss	Bezirk
VKA	Lindenthal

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Verkehrsberuhigungsmaßnahme Am Weidenpesch wurde zwischenzeitlich durchgeführt. Der Minikreisverkehr Kölner Straße/Blumenallee befindet sich in der Bauvorbereitung. Der Minikreis Kölner Weg/Junkersdorfer Straße/Salzburger Weg wird im Rahmen der Personalkapazitäten geplant. Nach Abschluss der vorgenannten Baumaßnahmen wird auf dem Streckenzug Am Weidenpesch/Kölner Weg durchgehend die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h reduziert. Somit wird ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung von Junkersdorf erreicht. Die Maßnahme Sportpark Müngersdorf befindet sich zurzeit im Ausbau, hierin ist auch eine Ausschilderung enthalten, die den Durchgangsverkehr an der Junkersdorfer Straße vorbei über den Militärtring zum Sportpark führt. Das Rechtsabbiegen von der Aachener Straße in die Straße Am Portpark (früher Carl-Diem-Weg) erfordert eine umfangreiche Prüfung, damit so wenig wie möglich in die Mittelallee eingegriffen werden muss. Zurzeit wird eine verkehrstechnische Prüfung im Zusammenhang mit dem Verkehrsgutachten Großmarkt durchgeführt.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
46	684-10	Wein an jeder Südwand

### Vorschlagstext

Die Stadt hat beschlossen im Rahmen der Klimavereinbarungen "Dachbegrünungen" zu fördern. Das kostet Geld! Ich biete an, an jeder Südwand in Köln Weinreben zu pflanzen. Ich übernehme Pflanzung, Pflege und Ernte und keltere daraus Wein den ich mit dem jeweiligen Hausbesitzer teile. Für die Stadt Köln (städt. Gebäude, Schulen, Kindergärten etc.) und alle anderen Hausbesitzer eine völlig kostenneutrale, sichtbare (und trinkbare...;-) Klimamaßnahme! Übrigens auch eine Art Klimaanlage fürs Haus. Durch Verschattung wird die Südwand im Sommer gekühlt und nach Laubabfall im Winter durch Licht erwärmt. Sollte ich aus dem mir verbleibenden Anteil des Weines meinen Lebensunterhalt bestreiten können, spart die Stadt Köln sofort ihren Anteil an meinem ALG2 ! Wenn nicht, bleibt mir die "Beschäftigung" und der Allgemeinheit ein paar lustige Tröpfchen ausgepresstes Köln. Den Prototyp aus den Jahrgängen 2005/6/7/8 und 2009 kann man übrigens bereits trinken. Ein Roter... (bitte bei Interesse Kontakt mitteilen) Die vielen Verbindungen die Köln zum Thema Wein hat spar ich mir an dieser Stelle, nur soviel: Vor ca 150 Jahren waren ca. 40 Prozent des damaligen Stadtgebietes mit Weinreben bestockt!

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Mitte der 80iger Jahre wurde vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ein Förderprogramm für Fassadenbegrünung an öffentlichen und privaten Gebäuden durchgeführt, dass auf große Resonanz gestoßen ist. In dieser Zeit wurden sämtliche öffentliche Gebäude hinsichtlich einer Fassadenbegrünung geprüft und dort, wo es möglich war, umgesetzt. Den Vorschlag aufgreifend könnten Mittel bereit gestellt werden für die Anschaffung von Weinreben-Pflanzen, die anschließend privaten Hauseigentümern zur Fassadenbegrünung zur Verfügung gestellt werden. Kostenschätzung: ca. 50.000 EUR.

Ausschuss	Bezirk
UG	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Projekte aus dem Bürgerhaushalt 2010 konnten aufgrund der nicht gesicherten Finanzierung aus der Kulturförderabgabe noch nicht begonnen bzw. umgesetzt werden.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
52	820-10	Mehr Bäume an Strassen

### Vorschlagstext

Es gibt viele Strassen in Köln, wo noch jede Menge Bäume gepflanzt werden könnten, z.B. die B8 von Mülheim über Stammheim, Flittard nach Leverkusen, aber auch in der Innenstadt. So ließen sich Alleen anlegen (hierfür gibt es Fördergelder) und das Stadtbild wird verschönert. Zudem reduzieren die Bäume den Lärm und die Partikelbelastung dort wo sie entstehen. Auch würde das städtische Klima insbesondere in den heißen Sommermonaten durch die Verdunstung der Blätter deutlich verbessert.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Beim ersten Bürgerhaushalt bei dem es u. a. um den Aufgabenbereich Grünflächen ging, sind ebenfalls mehrere Vorschläge, die mit dem Vorschlag Nr. 15 vergleichbar sind, eingegangen. Die Umsetzung dieser Vorschläge wurde durch den Rat am 24.06.2008 beschlossen und zum Teil bereits umgesetzt. Insgesamt wurden im Frühjahr 2009 im gesamten Stadtgebiet 570 Straßenbaumfehlstellen bepflanzt. Im Herbst 2009 sind weitere 200 Bäume gepflanzt worden und im Frühjahr 2010 erneut die Pflanzung von 250 Bäumen vorgesehen. Damit sind die Etatmittel für Bäume aufgebraucht. Eine Aufstockung des Etats für Bausersatzpflanzungen ist sinnvoll um den Baumbestand zu halten. Unabhängig davon wird zurzeit an einem Straßenbaumkonzept gearbeitet. Dazu wird der Kernbereich des Stadtgebiets im Hinblick auf mögliche Straßenbaumpflanzungen untersucht. Kostenschätzung: ca. 200.000 EUR/Jahr.

Ausschuss	Bezirk
UG	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Projekte aus dem Bürgerhaushalt 2010 konnten aufgrund der nicht gesicherten Finanzierung aus der Kulturförderabgabe noch nicht begonnen bzw. umgesetzt werden.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
74	236-10	Luftverschmutzung reduzieren in Junkersdorf !

### Vorschlagstext

Durch den enorm hohen Anteil an ortsfremdem Durchgangsverkehr sind die Junkersdorfer Wohnstraßen mit Verkehr total überlastet: im Ergebnis werden in Junkersdorf die EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxide sogar an der Grundschule überschritten (Durchschnittswert 2008: 41!)! Wir fordern: wirksame und kurzfristige Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs in Junkersdorf zur Verbesserung der Luftqualität und zur Reduzierung des Verkehrslärms!

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Verkehrskonzept Weiden, Lövenich, Junkersdorf wurde in vielen Punkten schon umgesetzt. Die Verwaltung wird auch weiterhin die Umsetzung vorantreiben, damit es in der Ortslage Junkersdorf zu einer nachhaltigen Verbesserung kommt. Finanzierung: Die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept erforderlichen meist punktuellen Einzelmaßnahmen können aus den zur Verfügung stehenden Mitteln bei Bedarf bereitgestellt werden.

### Ausschuss

VKA

### Bezirk

Lindenthal

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Verkehrsberuhigungsmaßnahme Am Wiedenpesch wurde zwischenzeitlich durchgeführt. Der Minikreisverkehr Kölner Straße/Blumenallee befindet sich in der Bauvorbereitung. Der Minikreis Kölner Weg/Junkersdorfer Straße/Salzbürger Weg wird im Rahmen der Personalkapazitäten geplant. Nach Abschluss der vorgenannten Baumaßnahmen wird auf dem Streckenzug Am Weidenpesch/Kölner Weg durchgehend die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h reduziert. Durch diese Maßnahmen wird ein wesentlicher Beitrag zur Entlastung von Junkersdorf erreicht.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
92	107-10	Straßenbäume schützen

### Vorschlagstext

Viele Straßenbäume müssten besser geschützt werden. Nicht nur die Abholzung der Linden an der Rheinuferstraße verhindern, sondern auch der Bodenverdichtung durch zu dichtes Parken entgegen wirken. ein paar Findlingssteine o.ä. halten die Autos weg von den Baumscheiben. Baumschutz spart Geld! Jedenfalls langfristig

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

In den 80ziger Jahren hat das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ein Konzept zur Sanierung von Mittelalleen erarbeitet und in den folgenden Jahren größtenteils auch umgesetzt. Hierauf aufbauend könnten weitere Mittelalleen saniert und Einzelbaumstandorte aufgewertet werden. Kostenschätzung: ca. 200.000 EUR/Jahr.

Ausschuss	Bezirk
UG	Gesamtstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Projekte aus dem Bürgerhaushalt 2010 konnten aufgrund der nicht gesicherten Finanzierung aus der Kulturförderabgabe noch nicht begonnen bzw. umgesetzt werden.

---

## Umweltschutz

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift
97	15-10	mehr Bäume

### Vorschlagstext

Man könnte in der Innenstadt mehr Bäume bzw. grünflächen anlegen.

### Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Beim ersten Bürgerhaushalt bei dem es u. a. um den Aufgabenbereich Grünflächen ging, sind ebenfalls mehrere Vorschläge, die mit dem Vorschlag Nr. 15 vergleichbar sind, eingegangen. Die Umsetzung dieser Vorschläge wurde durch den Rat am 24.06.2008 beschlossen und zum Teil bereits umgesetzt. Unabhängig davon wird zurzeit an einem Straßenbaumkonzept gearbeitet. Dazu wird der Kernbereich des Stadtgebiets im Hinblick auf mögliche Straßenbaumpflanzungen untersucht. Kostenschätzung: ca. 200.000 EUR/Jahr.

Ausschuss	Bezirk
UG	Innenstadt

### Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

### Umsetzungsstand

Die Projekte aus dem Bürgerhaushalt 2010 konnten aufgrund der nicht gesicherten Finanzierung aus der Kulturförderabgabe noch nicht begonnen bzw. umgesetzt werden.

---